



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

NACH DER WAHL: WOHNUNGSWIRTSCHAFT STÄRKEN

29.09.2009

Fachinformation

GdW und BFW haben im Nachgang der Bundestagswahl eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft gefordert. "Unsere Branche hat eine zentrale Bedeutung für die deutsche Gesellschaft und Volkswirtschaft", erklärten die Präsidenten beider Verbände, Freitag und Rasch, und forderten die Parteien auf, die Themen Bauen und Wohnen bei den Koalitionsverhandlungen ihrer Bedeutung entsprechend zu berücksichtigen. "Die energetische Sanierung im Wohnungsbereich, der Abbau steuerlicher Hemmnisse und die Schaffung steuerlicher Anreize sowie die Stadtentwicklung müssen einen Schwerpunkt im zukünftigen Regierungsprogramm bilden und angemessen geregelt werden", so die beiden Präsidenten. Es sei dringend notwendig, die Rahmenbedingungen für energetische Sanierung im Wohnungsbau zu verbessern. Hier spielten Vereinfachungen in der Förderung, z.B. durch Zuschüsse, und die Beseitigung von Hemmnissen im Miet- und Steuerrecht eine entscheidende Rolle. Beim Ordnungsrecht müsse eine umfassende Evaluierung der Auswirkungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2007 und EnEV 2009 erfolgen. Eine weitere Verschärfung der EnEV über die jetzt geltenden Anforderungen hinaus sei für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft wirtschaftlich nicht mehr tragbar. Zudem müsse der Abbau unnötiger Bürokratie gerade auch im Politikbereich "Energieeffizienz" sowohl auf Berliner als auch auf Brüsseler Ebene deutlich vorangetrieben werden. Die Zinsschrankenregelung und den § 13 Abs. 3 Satz 2 - 10 KStG gelte es ebenso abzuschaffen wie die wirkungslose Bauabzugsteuer. Die Verbände plädierten zudem für die Schaffung von steuerlichen Anreizen für den Wohnungsneubau in Wachstumsregionen. Angesichts der niedrigsten Neubauquote der Nachkriegszeit sei eine Wiedereinführung der degressiven AfA, um bezahlbaren Wohnraum für alle in Ballungsgebieten bereit stellen zu können, erforderlich. Rasch und Freitag forderten darüber hinaus, die nationale Stadtentwicklungspolitik ressortübergreifend auszurichten. Sie solle den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren wahren sowie die Anpassung des Umfangs und der Qualität des Wohnraumangebots fördern. Wohnungsgenossenschaften als dritte Säule der Wohnraumversorgung neben dem Wohnen zur Miete und dem Wohnen im Eigentum seien dabei auch zukünftig von großer Bedeutung.

<https://bbu.de/beitraege/nach-der-wahl-wohnungswirtschaft-staerken>